3189

Bundesgesetzblatt

Teil I — Z 1997 A

1976 | Ausgegeben zu Bonn am 24. November 1976 | Nr. 136

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Luftverkehr

Vom 11. November 1976

Auf Grund des Artikels 2 Nr. 6, 7, 10, 11, 13 und 14 des Gesetzes vom 1. Juli 1971 zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 865), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1942), wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Verkehr und des Innern mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 im Luftverkehr vom 11. November 1971 (Bundesgesetzblatt I S. 1809), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 im Luftverkehr vom 13. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3519), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird hinter der Zahl 1969 eingesetzt:

   „in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 456)".

2. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift wird in der Klammer die Zahl 91 durch die Zahl 85 ersetzt;

   b) in Absatz 1 wird die Zahl 6 durch die Zahl 5 ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift wird der Text in der Klammer wie folgt gefaßt:

      „(Zu den Artikeln 39, 40 Abs. 1, Artikeln 42, 58, 63 und 80 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)";

   b) in Absatz 3 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und danach eingefügt: „im Falle

des Choleraverdachts können sie für die gleiche Zeit auch abgesondert werden.";

c) folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„(4) Die nach Auffassung der Gesundheitsbehörde als verseucht geltenden Teile des Luftfahrzeuges und Gegenstände sind ggf. zu entratten, von Insekten zu befreien und zu desinfizieren. Das an Bord mitgeführte Wasser ist, wenn es die Gesundheitsbehörde für verseucht hält, zu desinfizieren und zu entfernen; danach sind die Wasserbehälter zu desinfizieren."

4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird in der Klammer die Zahl 84 durch die Zahl 78 ersetzt;

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Eine Person, die sich innerhalb eines Zeitraumes von vierzehn Tagen vor ihrer Ankunft in Äthiopien, Bangladesch, Indien, Pakistan oder in einem Land, das ganz oder zum Teil Infektionsgebiet ist, aufgehalten hat, hat bei der Ankunft auf dem Luftwege auf Verlangen der für die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zuständigen Stelle eine gültige Pocken-Impfbescheinigung vorzulegen, sofern sie nicht den ausreichenden Nachweis einer Immunität infolge früherer Pockenerkrankung führen kann. Stellt diese Stelle fest, daß der Reisende nicht im Besitz einer gültigen Impfbescheinigung ist, führt sie ihn dem Flughafenarzt zu. Die Pflicht zur Vorlage einer gültigen Pocken-Impfbescheinigung kann bei der Ankunft aus einem Land, das nur zum Teil Infektionsgebiet ist, auf die Ankunft aus dem Infektionsgebiet beschränkt werden.";

c) in Absatz 2 werden die Worte „der nach Absatz 1 geforderte Impfnachweis" durch die Worte „die nach Absatz 1 geforderte Impfbescheinigung" und die Zahl 84 durch die Zahl 78 ersetzt.

5. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 3a Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig als verantwortlicher Luftfahrzeugführer entgegen § 3 Abs. 1 auf einem anderen als einem Sanitätsflughafen landet oder den Sanitätsflughafen nicht oder nicht rechtzeitig verständigt."

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 6 Satz 2 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974, auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 11. November 1976

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Katharina Focke

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal

Vom 11. November 1976

Auf Grund des Artikels 2 Nr. 6, 7, 8, 11, 13, 14 sowie des Artikels 5 des Gesetzes vom 1. Juli 1971 zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 865), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1942), wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Verkehr und des Innern mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal vom 11. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1811) wird wie folgt geändert:

1. a) In § 1 wird folgender Absatz 1 eingefügt:

   „(1) Für die Anwendung der nachstehend angeführten Artikel der Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 456) in Häfen und auf dem Nord-Ostsee-Kanal sind die Vorschriften dieser Verordnung maßgebend."

   b) Der bisherige Inhalt des § 1 wird Absatz 2.

2. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   „(1) Schiffe sind bei der Ankunft einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen, wenn eine der Fragen in der Seegesundheitserklärung (Anhang 4 der Internationalen Gesundheitsvorschriften) zu bejahen ist. Sie können einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden, wenn sie innerhalb einer Frist von achtundzwanzig Tagen aus einem Land, das ganz oder zum Teil Infektionsgebiet ist, eintreffen."

3. In § 4 wird in der Überschrift die Zahl 90 durch die Zahl 84 ersetzt.

4. In § 5 wird in der Überschrift die Zahl 92 durch die Zahl 84 ersetzt.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift werden die Worte „, 65 Abs. 1 und Artikel 66" durch die Worte „und 63" ersetzt;

   b) Satz 1 erhält bis zum Doppelpunkt folgende Fassung:

   „Bei der Ankunft eines Schiffes, auf dem ein Cholerafall festgestellt wird oder aufgetreten ist, sind folgende Maßnahmen anzuordnen:";

   c) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

   „2. ansteckungsverdächtige Personen, die von Bord gehen, sind für die Dauer von höchstens fünf Tagen, vom Tage des Aussteigens an gerechnet, unter Beobachtung zu stellen oder abzusondern,".

6. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) In der Überschrift werden die Zahlen 84 und 86 durch die Zahlen 78 und 80 ersetzt;

   b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

   „(2) Bei der Ankunft eines Schiffes, das innerhalb eines Zeitraumes von vierzehn Tagen vor seiner Ankunft einen Hafen in einem Land, das ganz oder zum Teil Infektionsgebiet ist, angelaufen hat, können Personen, die den Nachweis einer Immunität infolge einer früheren Pockenerkrankung oder durch Vorlage einer gültigen Pocken-Impfbescheinigung nicht führen können, geimpft und für die Dauer von höchstens vierzehn Tagen, vom Tage der Abreise aus diesem Land an gerechnet, unter Beobachtung gestellt werden. Die Pflicht zur Vorlage einer gültigen Pocken-Impfbescheinigung kann bei der Ankunft aus einem Land, das nur zum Teil Infektionsgebiet ist, auf die Ankunft aus dem Infektionsgebiet beschränkt werden. Falls die Impfung verweigert wird, bestimmt die Gesundheitsbehörde, welche der nach Artikel 78 der Internationalen Gesundheitsvorschriften zulässigen Maßnahmen durchzuführen sind."

7. In § 10 wird in der Überschrift die Zahl 90 durch die Zahl 84 ersetzt.

8. In § 13 erhält die Überschrift folgende Fassung:

   „(Zu den Artikeln 42, 58 Abs. 1 und 63 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)".

9. Die Überschrift vor § 14 erhält folgende Fassung:

   „Verfahrens-, Bußgeld- und Schlußvorschriften".

10. Nach § 14 wird folgender § 14 a eingefügt:

„§ 14 a

Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 3 a Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ein nach § 3 Abs. 2 Satz 1 gesperrtes Schiff betritt oder als Kapitän oder als Besatzungsmitglied das Betreten eines solchen Schiffes gestattet,

2. als Kapitän oder als Schiffsarzt entgegen § 4 Abs. 2 oder 3 oder § 10 die Signale nicht oder nicht richtig zeigt oder übermittelt oder vorzeitig entfernt,

3. entgegen § 5 als Kapitän das Schiff nicht den vorgeschriebenen Hafen anlaufen läßt oder als Kapitän oder als Schiffsarzt das Schiff bei dem hafenärztlichen Dienst nicht meldet,

4. als Kapitän, Besatzungsmitglied oder Fahrgast entgegen § 11 Satz 1 mit dem Land Verbindung aufnimmt oder

5. als Kapitän entgegen § 13 Abs. 1 Satz 2 Schiffsräume oder Gegenstände nicht unter sicherem Verschluß hält oder halten läßt."

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 6 Satz 2 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974, auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 11. November 1976

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Katharina Focke

Verordnung zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften im Landverkehr

Vom 11. November 1976

Auf Grund des Artikels 2 Nr. 6, 7, 11, 13 und 14 des Gesetzes vom 1. Juli 1971 zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften vom 25. Juli 1969 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 865), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1942), wird im Einvernehmen mit den Bundesministern für Verkehr und des Innern mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Für die Anwendung der nachstehend angeführten Artikel der Internationalen Gesundheitsvorschriften in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 456) auf den Landverkehr sind die Vorschriften dieser Verordnung maßgebend.

§ 2

(Zu den Artikeln 37, 39, 58 und 61 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)

Bei der Ankunft eines Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels, in dem sich eine Person befindet, die an Pest leidet, oder wenn ein solches Fahrzeug bzw. Beförderungsmittel als pestverseucht oder -verdächtig anzusehen ist, sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Infizierte Personen sind in einem Krankenhaus abzusondern,
2. ansteckungsverdächtige Personen sind während höchstens sechs Tagen, von ihrer Ankunft an gerechnet, unter Beobachtung zu stellen,
3. die nach Auffassung der für die Grenzübergangsstelle zuständigen Gesundheitsbehörde als pestverseucht geltenden Teile des Fahrzeugs bzw. Beförderungsmittels und Gegenstände sind zu entratten, von Insekten zu befreien und erforderlichenfalls zu desinfizieren. In besonderen Fällen kann die zuständige Behörde hiervon Ausnahmen zulassen.

§ 3

(Zu den Artikeln 39 und 63 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)

Bei der Ankunft eines Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels, in dem ein Cholerafall festgestellt wird oder aufgetreten ist, sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Infizierte Personen sind in einem Krankenhaus abzusondern,
2. ansteckungsverdächtige Personen sind für die Dauer von höchstens fünf Tagen, vom Tage der Ankunft an gerechnet, unter Beobachtung zu stellen oder abzusondern,
3. die nach Auffassung der für die Grenzübergangsstelle zuständigen Gesundheitsbehörde als choleraverseucht geltenden Teile des Fahrzeugs bzw. Beförderungsmittels und Gegenstände sind zu desinfizieren,
4. das an Bord mitgeführte Wasser ist, wenn es die Gesundheitsbehörde für verseucht hält, zu desinfizieren und zu entfernen. Danach sind die Wasserbehälter zu desinfizieren.

§ 4

(Zu den Artikeln 39, 80 und 82 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)

Bei der Ankunft eines Eisenbahnzuges, Straßenfahrzeuges oder sonstigen Beförderungsmittels, in dem ein Pockenfall festgestellt wird, sind folgende Maßnahmen anzuordnen:

1. Infizierte Personen sind in einem Krankenhaus abzusondern,
2. ansteckungsverdächtige Personen sind,
   a) falls sie den Nachweis einer Immunität infolge einer früheren Pockenerkrankung oder durch Vorlage einer gültigen Pocken-Impfbescheinigung führen können, für die Dauer von höchstens vierzehn Tagen, vom Tage der Ankunft an gerechnet, unter Beobachtung zu stellen,
   b) falls sie den Nachweis zu a) nicht führen können, entweder zu impfen und unter Beobachtung zu stellen oder, falls die Impfung verweigert wird, abzusondern. Die Dauer der Beobachtung oder Absonderung beträgt höchstens vierzehn Tage, vom Tage der Ankunft an gerechnet.

§ 5

(Zu Artikel 78 der Internationalen Gesundheitsvorschriften)

(1) Eine Person, die sich innerhalb eines Zeitraumes von vierzehn Tagen vor ihrer Ankunft in einem Land, das ganz oder zum Teil Infektionsgebiet ist, aufgehalten hat, hat bei der Ankunft auf Verlangen der für die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs zuständigen Stelle eine gül-

tige Pocken-Impfbescheinigung vorzulegen, soweit sie nicht den ausreichenden Nachweis einer Immunität infolge früherer Pockenerkrankung führen kann. Stellt diese Stelle fest, daß der Reisende nicht im Besitz einer gültigen Impfbescheinigung ist, führt sie ihn der zuständigen Gesundheitsbehörde zu. Die Pflicht zur Vorlage einer gültigen Pocken-Impfbescheinigung kann bei der Ankunft aus einem Land, das nur zum Teil Infektionsgebiet ist, auf die Ankunft aus dem Infektionsgebiet beschränkt werden.

(2) Kann die geforderte Impfbescheinigung oder der Nachweis der ausreichenden Immunität nicht erbracht werden, so hat die Gesundheitsbehörde die Person aufzufordern, sich der Impfung zu unterziehen; außerdem kann die Gesundheitsbehörde anordnen, daß diese Person unter Beobachtung gestellt wird. Wird die Impfung verweigert, so bestimmt die Gesundheitsbehörde, welche der nach Artikel 78 der Internationalen Gesundheitsvorschriften zulässigen Maßnahmen durchzuführen sind.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 6 Satz 2 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974, auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 11. November 1976

Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Katharina Focke

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuteilung von Dienstorten im Ausland zu einer Stufe des Auslandszuschlags

Vom 12. November 1976

Auf Grund des § 55 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1173), zuletzt geändert durch das Fünfte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern vom 18. August 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 2197), wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Bundesminister der Finanzen verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Zuteilung von Dienstorten im Ausland zu einer Stufe des Auslandszuschlags vom 6. Juli 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1869) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Abschnitt „I. Europa" werden bei der Zeile „Norwegen" hinter dem Wort „Bergen" die Worte „3 (drei)" durch „4 (vier)" ersetzt.
   b) In Abschnitt „II. Afrika"
      aa) wird nach der Zeile „Angola" folgende Zeile eingefügt:
      „Botsuana Gaborone 8 (acht)";
      bb) wird das Wort „Dahome" durch das Wort „Benin" ersetzt;
      cc) werden in der Zeile „Libyen" die Worte „7 (sieben)" durch „9 (neun)" und
      dd) in der Zeile „Mosambik" das Wort „Lourenco Marques" durch „Maputo" und die Worte „7 (sieben)" durch „9 (neun)" ersetzt.
   c) In Abschnitt „III. Amerika" ist bei dem Land „Kanada" die Zeile „Winnipeg 6 (sechs)" zu streichen.
   d) In Abschnitt „IV. Asien" werden
      aa) in der Zeile „Kuweit" die Worte „Kuweit" durch die Worte „Kuwait" und die Worte „8 (acht)" durch „9 (neun)" ersetzt;
      bb) nach der Zeile „Kuwait" folgende Zeile eingefügt:
      „Laos Vientiane 11 (elf)";
      cc) in der Zeile „Vereinigte Arabische Emirate" das Wort „Abu Sabi" durch „Abu Dhabi" und die Worte „12 (zwölf)" durch „11 (elf)" ersetzt;
      dd) in der Zeile „Vietnam" das Wort „Saigon" durch „Hanoi" und die Worte „10 (zehn)" durch „11 (elf)" ersetzt.

2. § 2 erhält folgende Fassung:

   „§ 2

   In § 1 nicht aufgeführte Dienstorte im Ausland gelten als der Stufe des Auslandszuschlags zugeteilt, der die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, in deren Amtsbezirk der Dienstort liegt, zugeteilt worden ist."

3. a) Der bisherige § 2 Abs. 2 und 3 wird § 3 Abs. 1 und 2; Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:
      „Abweichend von § 2 werden folgende Bundeswehrdienstorte zugeteilt:".
      bb) In Abschnitt „I. Europa" werden in der Zeile „Belgien" nach den Worten „Famillereux 2 (zwei)" die Worte „Florennes 2 (zwei)" und nach den Worten „Tongeren 1 (eins)" die Worte „Zutentaal 1 (eins)" sowie in der Zeile „Niederlande" nach den Worten „Mill 1 (eins)" die Worte „Nijmegen 1 (eins)" und „Roermond 1 (eins)" eingefügt.
      cc) In Abschnitt „II. Amerika" werden nach den Worten „Rome, N.Y. 5 (fünf)" die Worte „Watervliet, N.Y. 5 (fünf)" eingefügt.
   b) Buchstabe a gilt nicht im Land Berlin.

4. Die bisherigen §§ 3 und 4 werden §§ 4 und 5.

Artikel 2

1. Für die Zeit von der Errichtung der Vertretung im Ausland bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung wird folgende Übergangsregelung getroffen:

   Es werden zugeteilt:
   a) In Botsuana der Dienstort Gaborone für die Zeit vom 1. September 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 9 (neun),
   b) in Mosambik der Dienstort Maputo für die Zeit vom 1. Mai 1976 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 9 (neun),
   c) in Laos der Dienstort Vientiane für die Zeit vom 1. August 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 10 (zehn),

d) in Vietnam der Dienstort Hanoi für die Zeit vom 1. März 1976 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 11 (elf)

des Auslandszuschlags.

2. Für den Bereich der Bundeswehr werden zugeteilt:

a) In Belgien der Dienstort Florennes für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 2 (zwei) und der Dienstort Zutentaal für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 1 (eins),

b) in den Niederlanden die Dienstorte Nijmegen und Roermond für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 1 (eins),

c) in den Vereinigten Staaten von Amerika der Dienstort Watervliet, N.Y. für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1976 der Stufe 5 (fünf)

des Auslandszuschlags.

3. Nummer 2 gilt nicht im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 82 des Bundesbesoldungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1977 in Kraft.

Bonn, den 12. November 1976

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Verordnung zur Änderung der Verordnung über meldepflichtige Tierkrankheiten

Vom 18. November 1976

Auf Grund des § 10 Abs. 2 und des § 78 a des Viehseuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1973 (Bundesgesetzbl. 1974 I S. 1), zuletzt geändert durch § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 des Tierkörperbeseitigungsgesetzes vom 2. September 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2313), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über meldepflichtige Tierkrankheiten vom 29. April 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 443) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Nr. 8 wird gestrichen; die Nummern 9 bis 21 werden Nummern 8 bis 20.
2. § 6 wird gestrichen.
3. In der Anlage wird die laufende Nummer 8 gestrichen; die laufenden Nummern 9 bis 21 werden laufende Nummern 8 bis 20.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 627) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1976 in Kraft.

Bonn, den 18. November 1976

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
Rohr

Elfte Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung

Vom 18. November 1976

Auf Grund der §§ 27 und 72 Abs. 1 Nr. 2 des Soldatengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2273), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern vom 24. August 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 2485), verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Soldatenlaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1750), zuletzt geändert durch die Zehnte Verordnung zur Änderung der Soldatenlaufbahnverordnung vom 8. September 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2478), wird wie folgt geändert:

1. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 wird folgender Satz 4 angefügt:
      „Während des Grundwehrdienstes kann ein Soldat ohne seine Zustimmung in eine andere Laufbahn versetzt werden."
   b) In Absatz 3 wird hinter Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:
      „Gleiches gilt, wenn ein Offizieranwärter, der die Offizierprüfung nicht bestanden hat und zur Wiederholung der Prüfung nicht zugelassen wird oder die Wiederholungsprüfung nicht besteht, wegen Zeitablaufs aus der Bundeswehr ausscheidet (§ 54 Abs. 1 des Soldatengesetzes)."

2. § 9 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
      „1. eine Verwendung von mindestens 6 Monaten seit Ernennung zum Gefreiten in einer Tätigkeit, die eine technische oder entsprechende fachliche Spezialausbildung erfordert, und".
   b) In Absatz 4 werden die Worte „Absatz 2 Nr. 1" durch die Worte „§ 4 Abs. 3" ersetzt.

3. § 13 Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
   „2. im Sanitätsdienst, wer
      a) die staatliche Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Krankenpfleger, Masseur und medizinischer Bademeister, Masseur oder Krankengymnast besitzt,
      b) als Drogist die Gehilfenprüfung oder als Zahntechniker die Gesellenprüfung bestanden hat und danach eine förderliche berufliche Tätigkeit von mindestens 2 Jahren nachweist;".

4. Nach § 21 wird folgender § 21 a eingefügt:

   „§ 21 a

   Truppenoffiziere der Marine mit dem Befähigungsnachweis AG oder CI

   (1) In den Truppendienst der Marine kann als Berufsoffizier oder Offizier auf Zeit im Dienstgrad Leutnant zur See, nach Vollendung des 26. Lebensjahres als Oberleutnant zur See eingestellt werden, wer
   1. höchstens 32 Jahre alt ist,
   2. das Zeugnis über den erfolgreichen Besuch einer Realschule oder einen entsprechenden Bildungsstand und
   3. das Befähigungszeugnis AG — Kapitän auf Großer Fahrt — oder C I — Schiffsingenieur — besitzt.

   (2) Die Laufbahn beginnt mit dem Einstellungsdienstgrad.

   (3) § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 gilt entsprechend.

   (4) Vor Ernennung zum Berufssoldaten muß der Soldat mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet haben; der Bundesminister der Verteidigung kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Absatz 3 bleibt unberührt."

5. § 24 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Hinter dem Wort „Berufssoldaten" werden die Worte „oder eines Soldaten auf Zeit" eingefügt.
   b) Nummer 3 erhält folgende Fassung:
      „3. sich für 15 Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet."

6. § 25 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Ausbildung zum Sanitätsoffizier endet mit der Beförderung zum Stabsarzt, Stabsveterinär oder Stabsapotheker."

7. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Außerdem müssen Tierärzte die Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst abgelegt haben, Apotheker den Ausweis für staatlich geprüfte Lebensmittelchemiker besitzen. An die Stelle der staatlichen Prüfung als Lebensmittelchemiker kann auch ein für die Verwendung als Apotheker in der Bundeswehr förderliches weiteres abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine mindestens zweijährige wissenschaftliche Ausbildung treten, die mit der Promotion abschließt."

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Die Ernennung zum Berufssoldaten ist frühestens nach einem Wehrdienst von einem Jahr zulässig; der Bundesminister der Verteidigung kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Absatz 1 Nr. 3 bleibt unberührt."

8. In § 34 Abs. 2 werden vor der Zahl „22" die Worte „21 a," eingefügt.

9. In § 36 Nr. 1 werden nach „§ 21 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 4," die Worte „§ 21 a Abs. 1 Nr. 1," eingefügt.

10. § 38 erhält folgende Fassung:

„§ 38

Einstellung in die Laufbahn der Unteroffiziere des Sanitätsdienstes, Beförderungen

(1) Bis zum 31. Dezember 1978 kann als Soldat auf Zeit mit dem Dienstgrad Feldwebel im Sanitätsdienst eingestellt werden, wer als Drogist mit Drogistengehilfenzeugnis die Drogistenakademie mit Erfolg besucht, eine Ausbildung zum medizinisch-technischen Assistenten oder pharmazeutisch-technischen Assistenten erfolgreich abgeschlossen oder als Zahntechniker die Meisterprüfung bestanden hat.

(2) Die Bewerber müssen die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 erfüllen, sich für mindestens 3 Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichten und eine Eignungsübung mit Erfolg abgeleistet haben.

(3) Die Ernennung zum Berufssoldaten ist erst nach Vollendung des 25. Lebensjahres und erst nach einer Dienstzeit von mindestens einem Jahr zulässig.

(4) Die Beförderung eines Soldaten auf Zeit zum Hauptfeldwebel setzt abweichend von § 14 Abs. 2 eine Verpflichtungszeit von mindestens 8 Jahren voraus."

11. § 41 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Bei der Beförderung von Strahlflugzeugführern, die bis zum 31. Dezember 1974 nach § 33 in die Laufbahn der Offiziere des Truppendienstes aufgestiegen sind, werden auf die erforderlichen Mindestdienstzeiten die Dienstzeiten als Stabsfeldwebel und Oberstabsfeldwebel angerechnet."

12. § 42 erhält folgende Fassung:

„§ 42

Zulassung von Unteroffizieren im Flugsicherungskontrolldienst zur Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes

Bis zum 31. Dezember 1980 können Unteroffiziere im Flugsicherungskontrolldienst, die den Befähigungsnachweis für den Flugsicherungsbereichskontrolldienst oder Flugsicherungsanflugkontrolldienst oder die Befähigungsnachweise für den Flugsicherungsplatz- und Landekontrolldienst besitzen, bei Eignung auch ohne die Voraussetzungen des § 30 Abs. 1 Nr. 1 und des § 31 Abs. 1 zur Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes zugelassen werden."

13. § 43 erhält folgende Fassung:

„§ 43

Beförderung der Offizieranwärter und der Offiziere des militärfachlichen Dienstes

(1) Bei der Beförderung der Offizieranwärter und Offiziere des militärfachlichen Dienstes, die bis zum 31. Dezember 1974 zu dieser Laufbahn zugelassen worden sind, werden auf die erforderlichen Mindestdienstzeiten die Dienstzeiten als Stabs- und Oberstabsfeldwebel angerechnet.

(2) Abweichend von Absatz 1 werden bei der Beförderung der Offizieranwärter und Offiziere des militärfachlichen Dienstes im Flugsicherungskontrolldienst die genannten Zeiten angerechnet, wenn die Soldaten bis zum 31. Dezember 1980 zu dieser Laufbahn zugelassen worden sind. Außerdem können bis zu 3 Jahre Wehrdienst im Flugsicherungskontrolldienst angerechnet werden.

(3) Eine Beförderung ist abweichend von § 4 Abs. 3 bereits nach Ablauf von 6 Monaten seit der letzten Beförderung zulässig. Offizieranwärter brauchen den Dienstgrad Oberfähnrich nicht zu durchlaufen."

14. § 44 erhält folgende Fassung:

„§ 44

Einstellung von Sanitätsoffizieren

Bis zum 31. Dezember 1980 können für die Laufbahn der Offiziere des Sanitätsdienstes abweichend von § 26 Abs. 3 Bewerber als Ober-

stabsarzt, Oberstabsveterinär und Oberstabsapotheker eingestellt werden, wenn sie nach der Approbation eine für die Verwendung in der Bundeswehr förderliche berufliche Tätigkeit von mindestens 4 Jahren ausgeübt haben."

15. Die §§ 37, 39 und 45 werden gestrichen.

16. § 47 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bei Soldaten, die vor dem 9. Mai 1945 keinen Wehrdienst geleistet haben, jedoch vor ihrem Eintritt in die Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz oder den Bereitschaftspolizeien der Länder angehört haben, wird diese Zeit auf die entsprechenden Dienstzeiten angerechnet, die Voraussetzung für die Beförderungen sind. Gleiches gilt für ehemalige Beamte des Zollgrenzdienstes oder des Grenzzolldienstes, die bis zum 31. Dezember 1976 in die Bundeswehr eingestellt worden sind."

Artikel 2

Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt, die Soldatenlaufbahnverordnung in der durch diese Verordnung geänderten Fassung mit neuem Datum und in neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1977 in Kraft.

Bonn, den 18. November 1976

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Verteidigung
Leber

Der Bundesminister des Innern
Maihofer

Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Fünfzehnte Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes

Vom 18. November 1976

Auf Grund der §§ 27, 42, 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559, 562), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation vom 7. August 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 1881), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 13. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 292, 393), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. November 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2870), wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:

   „Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1974 von 350 Deutsche Mark und ab 1. Februar 1976 von 400 Deutsche Mark monatlich übersteigen."

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
die Witwe	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM	642 DM
den Witwer	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM	642 DM
die Vollwaise	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM	322 DM
die erste und zweite Halbwaise,											
wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115 DM	120 DM	125 DM	131 DM	141 DM	158 DM	171 DM	187 DM	209 DM	222 DM	243 DM
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85 DM	88 DM	92 DM	96 DM	104 DM	116 DM	125 DM	137 DM	153 DM	162 DM	177 DM
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76 DM	79 DM	82 DM	86 DM	93 DM	104 DM	112 DM	123 DM	138 DM	146 DM	160 DM
den elternlosen Enkel	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM	322 DM
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM	372 DM	417 DM	442 DM	484 DM
einen überlebenden Eltern- oder Adoptivelternteil	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM	322 DM."

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält die nachfolgende Fassung:

„Anlage 1
(zu § 10 der 1. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	bis 31. 3. 1969	9 448	11 353	17 723	25 777
	bis 31. 8. 1969	10 848	13 629	19 878	27 887
	bis 31. 12. 1970	12 115	15 108	21 738	29 995
	bis 31. 12. 1971	13 440	17 505	23 983	34 178
	bis 31. 12. 1972	14 563	18 919	25 818	35 960
	bis 31. 12. 1973	16 021	20 703	28 093	38 625
	bis 31. 12. 1974	18 062	22 891	31 051	41 960
	bis 31. 1. 1976	19 146	24 264	32 914	44 058
	ab 1. 2. 1976	20 107	25 357	34 417	45 767
2. Unfallruhegehalt (66²/₃ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	bis 31. 3. 1969	6 299	7 568	11 815	17 184
	bis 31. 8. 1969	7 232	9 086	13 252	18 591
	bis 31. 12. 1970	8 077	10 072	14 492	19 997
	bis 31. 12. 1971	8 959	11 669	15 987	22 783
	bis 31. 12. 1972	9 709	12 613	17 212	23 973
	bis 31. 12. 1973	10 681	13 802	18 729	25 750
	bis 31. 12. 1974	12 041	15 261	20 701	27 973
	bis 31. 1. 1976	12 764	16 176	21 943	29 372
	ab 1. 2. 1976	13 405	16 905	22 945	30 511
3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	bis 31. 3. 1969	3 779	4 541	7 089	10 311
	bis 31. 8. 1969	4 339	5 452	7 951	11 155
	bis 31. 12. 1970	4 846	6 043	8 695	11 998
	bis 31. 12. 1971	5 376	7 008	9 600	13 668
	bis 31. 12. 1972	5 832	7 572	10 332	14 388
	bis 31. 12. 1973	6 408	8 280	11 232	15 456
	bis 31. 12. 1974	7 224	9 156	12 420	16 788
	bis 31. 1. 1976	7 656	9 708	13 164	17 628
	ab 1. 2. 1976	8 040	10 140	13 764	18 312
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
	bis 31. 3. 1969	1 890	2 271	3 545	5 155
	bis 31. 8. 1969	2 170	2 726	3 976	5 577
	bis 31. 12. 1970	2 423	3 022	4 348	5 999
	bis 31. 12. 1971	2 688	3 504	4 800	6 840
	bis 31. 12. 1972	2 916	3 792	5 172	7 200
	bis 31. 12. 1973	3 204	4 140	5 616	7 728
	bis 31. 12. 1974	3 612	4 584	6 216	8 388
	bis 31. 1. 1976	3 828	4 848	6 588	8 808
	ab 1. 2. 1976	4 020	5 076	6 888	9 156."

Artikel 2

Änderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 31. März 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 285), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. November 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2870), wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Erzielte und erzielbare Einkünfte werden nur insoweit berücksichtigt, als sie den Betrag von 150 Deutsche Mark, ab 1. September 1965 von 200 Deutsche Mark, ab 1. September 1969 von 250 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1974 von 350 Deutsche Mark und ab 1. Februar 1976 von 400 Deutsche Mark monatlich übersteigen."

2. § 15 a Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz erhält folgende Fassung:

„Der Zuschlag nach Nummer 1 entfällt, wenn der Ehegatte oder die sonstige unterhaltsberechtigte Person ein eigenes Einkommen von mindestens 300 Deutsche Mark, ab 1. Januar 1972 von mindestens 400 Deutsche Mark und ab 1. Februar 1976 von mindestens 500 Deutsche Mark monatlich hat;".

3. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
von 25 bis 39 v. H.	153 DM	159 DM	165 DM	173 DM	187 DM	209 DM	226 DM	247 DM	277 DM	294 DM	322 DM
von 40 bis 49 v. H.	191 DM	199 DM	207 DM	217 DM	234 DM	262 DM	283 DM	310 DM	347 DM	368 DM	403 DM
von 50 bis 59 v. H.	229 DM	238 DM	248 DM	260 DM	281 DM	315 DM	340 DM	372 DM	417 DM	442 DM	484 DM
von 60 bis 69 v. H.	266 DM	277 DM	288 DM	302 DM	326 DM	365 DM	394 DM	431 DM	483 DM	512 DM	561 DM
von 70 bis 79 v. H.	304 DM	316 DM	329 DM	345 DM	373 DM	418 DM	451 DM	494 DM	553 DM	586 DM	642 DM
von 80 und mehr v. H.	380 DM	395 DM	411 DM	431 DM	465 DM	521 DM	563 DM	616 DM	690 DM	731 DM	800 DM."

4. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
354 DM	368 DM	383 DM	401 DM	433 DM	485 DM	524 DM	574 DM	643 DM	682 DM	747 DM."

5. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu den §§ 13 und 14) erhält folgende Fassung:

„Anlage
(zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum vollendeten 25. Lebensjahr	ab vollendetem 25. Lebensjahr	ab vollendetem 30. Lebensjahr	ab vollendetem 35. Lebensjahr	ab vollendetem 40. Lebensjahr	ab vollendetem 45. Lebensjahr	ab vollendetem 50. Lebensjahr	ab vollendetem 55. Lebensjahr
1. Diensteinkommen jährlich	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
Einfacher Dienst	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	bis 31. 3. 1969	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
	bis 31. 8. 1969	8 040	8 604	9 168	9 732	10 284	10 848		
	bis 31. 12. 1970	9 108	9 708	10 308	10 920	11 520	12 120		
	bis 31. 12. 1971	10 236	10 872	11 520	12 156	12 804	13 440		
	bis 31. 12. 1972	11 220	11 892	12 552	13 224	13 896	14 568		
	bis 31. 12. 1973	12 468	13 176	13 884	14 604	15 312	16 020		
	bis 31. 12. 1974	14 460	15 180	15 900	16 620	17 340	18 060		
	bis 31. 1. 1976	15 324	16 092	16 848	17 616	18 384	19 152		
	ab 1. 2. 1976	16 296	17 064	17 820	18 588	19 344	20 112		

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum vollendeten 25. Lebensjahr	ab vollendetem 25. Lebensjahr	ab vollendetem 30. Lebensjahr	ab vollendetem 35. Lebensjahr	ab vollendetem 40. Lebensjahr	ab vollendetem 45. Lebensjahr	ab vollendetem 50. Lebensjahr	ab vollendetem 55. Lebensjahr
2. Diensteinkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	bis 31. 3. 1969	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
	bis 31. 8. 1969	8 664	9 660	10 656	11 652	12 636	13 632		
	bis 31. 12. 1970	9 780	10 848	11 916	12 984	14 052	15 108		
	bis 31. 12. 1971	11 064	12 348	13 644	14 928	16 212	17 508		
	bis 31. 12. 1972	12 216	13 548	14 892	16 236	17 580	18 924		
	bis 31. 12. 1973	13 584	15 012	16 428	17 856	19 284	20 700		
	bis 31. 12. 1974	15 576	17 040	18 504	19 968	21 432	22 896		
	bis 31. 1. 1976	16 500	18 060	19 608	21 156	22 716	24 264		
	ab 1. 2. 1976	17 460	19 044	20 616	22 200	23 784	25 356		
3. Diensteinkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
	bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332
	bis 31. 3. 1969	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
	bis 31. 8. 1969	11 832	13 272	14 712	16 152	17 592	19 032		
	bis 31. 12. 1970	13 056	14 580	16 092	17 616	19 128	20 652		
	bis 31. 12. 1971	14 700	16 272	17 844	19 404	20 976	22 548		
	bis 31. 12. 1972	16 152	17 784	19 404	21 024	22 644	24 264		
	bis 31. 12. 1973	17 844	19 560	21 276	22 980	24 696	26 412		
	bis 31. 12. 1974	19 836	21 708	23 580	25 452	27 324	29 184		
	bis 31. 1. 1976	21 024	23 004	24 996	26 976	28 956	30 936		
	ab 1. 2. 1976	21 948	23 988	26 040	28 092	30 132	32 184		
4. Diensteinkommen jährlich Höherer Dienst	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 835	18 825	20 817
	bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 326	22 594	23 860
	bis 31. 3. 1969	15 741	17 072	18 403	19 734	20 963	22 072	23 385	24 695
	bis 31. 8. 1969	16 704	18 372	20 040	21 708	23 364	25 032	26 700	
	bis 31. 12. 1970	18 144	19 872	21 612	23 352	25 080	26 820	28 560	
	bis 31. 12. 1971	19 908	22 044	24 180	26 316	28 452	30 588	32 724	
	bis 31. 12. 1972	21 564	23 688	25 824	27 960	30 084	32 220	34 356	
	bis 31. 12. 1973	23 592	25 788	27 984	30 180	32 376	34 572	36 780	
	bis 31. 12. 1974	26 064	28 404	30 756	33 096	35 448	37 788	40 140	
	bis 31. 1. 1976	27 624	30 048	32 460	34 884	37 308	39 720	42 144	
	ab 1. 2. 1976	28 788	31 284	33 780	36 264	38 760	41 256	43 740."	

Artikel 3

Änderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 28. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 300), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. November 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 2870), wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM	1 471 DM	1 605 DM	1 686 DM	1 750 DM."

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
240 DM	250 DM	260 DM	272 DM	294 DM	329 DM	355 DM	389 DM	436 DM	462 DM	485 DM."

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 11 ergänzt:

„Die sich nach Satz 10 ergebenden Rentenbeträge bis 900 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Februar 1976 um weitere 5 v. H. erhöht; Rentenbeträge ab 901 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Februar 1976 um 4 v. H., mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 45 Deutsche Mark erhöht, wobei jedoch der Höchstbetrag von 1 750 Deutsche Mark nicht überschritten werden darf."

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 des Bundesentschädigungsgesetzes)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
1 030 DM	1 066 DM	1 112 DM	1 190 DM	1 309 DM	1 374 DM	1 471 DM	1 605 DM	1 686 DM	1 750 DM."

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes betragen für

	vom 1. 1. 1966 bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	vom 1. 7. 1968 bis 31. 3. 1969	vom 1. 4. 1969 bis 31. 8. 1969	vom 1. 9. 1969 bis 31. 12. 1970	vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1971	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1972	vom 1. 1. 1973 bis 31. 12. 1973	vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974	vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1976	ab 1. 2. 1976
den unverheirateten Verfolgten	415 DM	430 DM	447 DM	468 DM	505 DM	566 DM	611 DM	669 DM	749 DM	794 DM	834 DM
den verheirateten Verfolgten	520 DM	540 DM	562 DM	589 DM	636 DM	712 DM	769 DM	842 DM	943 DM	1 000 DM	1 050 DM
jedes kinderzuschlagsberechtigte Kind	42 DM	45 DM	47 DM	49 DM	53 DM	59 DM	64 DM	70 DM	78 DM	83 DM	87 DM."

6. § 35 Abs. 3 bis 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes werden die in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge für die Witwe ode den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1970	459 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	514 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	555 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	608 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	681 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	406 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	722 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	425 Deutsche Mark,	ab 1. Februar 1976	758 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können,

bis 31. Dezember 1960 um	20 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1970 um	53 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964 um	30 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971 um	59 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965 um	40 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972 um	64 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966 um	42 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973 um	70 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968 um	45 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974 um	78 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969 um	47 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976 um	83 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969 um	49 Deutsche Mark,	ab 1. Februar 1976 um	87 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1970	165 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	185 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	200 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	219 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	245 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	146 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	260 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	153 Deutsche Mark,	ab 1. Februar 1976	273 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1970	217 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1971	243 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1972	262 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1973	287 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,	bis 31. Dezember 1974	321 Deutsche Mark,
bis 31. März 1969	192 Deutsche Mark,	bis 31. Januar 1976	340 Deutsche Mark,
bis 31. August 1969	201 Deutsche Mark,	ab 1. Februar 1976	357 Deutsche Mark.“

7. § 38 a erhält folgende Fassung:

„§ 38 a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975	ab 1. 2. 1976
260 DM	270 DM	281 DM	294 DM	318 DM	356 DM	384 DM	420 DM	470 DM	498 DM	523 DM

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975	ab 1. 2. 1976
198 DM	206 DM	214 DM	224 DM	242 DM	271 DM	293 DM	321 DM	360 DM	382 DM	401 DM

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes beträgt

ab 1. 1. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 7. 1968	ab 1. 4. 1969	ab 1. 9. 1969	ab 1. 1. 1971	ab 1. 1. 1972	ab 1. 1. 1973	ab 1. 1. 1974	ab 1. 1. 1975	ab 1. 2. 1976
99 DM	103 DM	107 DM	112 DM	121 DM	136 DM	147 DM	161 DM	180 DM	191 DM	201 DM.“

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu den §§ 15 und 17) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 4
(zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
	bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
	bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
	bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
bis 31. 3. 1969	7 730	8 589	9 020	9 448

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
ab 1. 2. 1976	17 823	19 346	20 107

2. Mittlerer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
	bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
	bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
	bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
	bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
bis 31. 3. 1969	9 166	10 259	10 806	11 353

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
ab 1. 2. 1976	20 620	23 778	25 357

3. Gehobener Dienst

Erreichbare Dienstbezüge

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
bis 31. 3. 1969	12 925	14 956	15 971	16 985

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
ab 1. 2. 1976	26 040	30 133	32 180

4. Höherer Dienst

		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
	bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
	bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
	bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
	bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
	bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
	bis 31. 3. 1969	18 403	20 963	24 695	25 585
		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
	ab 1. 2. 1976	33 775	38 759	41 252	43 744."

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 c zu § 22) erhält die nachstehende Fassung:

„Anlage 5 c
(zu § 22 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht
Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
1. Einfacher Dienst				
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	9 162	10 284	10 848
	bis 31. 12. 1970	10 306	11 512	12 115
	bis 31. 12. 1971	11 516	12 798	13 440
	bis 31. 12. 1972	12 555	13 893	14 563
	bis 31. 12. 1973	13 889	15 311	16 021
	bis 31. 12. 1974	15 898	17 341	18 062
	bis 31. 1. 1976	16 852	18 381	19 146
	ab 1. 2. 1976	17 823	19 346	20 107
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 123	6 685	7 919
	bis 31. 12. 1970	4 638	7 483	8 844
	bis 31. 12. 1971	5 182	8 319	9 811
	bis 31. 12. 1972	5 650	9 030	10 631
	bis 31. 12. 1973	6 250	9 952	11 695
	bis 31. 12. 1974	7 154	11 272	13 185
	bis 31. 1. 1976	7 583	11 948	13 977
	ab 1. 2. 1976	8 020	12 575	14 678
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	2 748	4 452	5 280
	bis 31. 12. 1970	3 096	4 992	5 892
	bis 31. 12. 1971	3 456	5 544	6 540
	bis 31. 12. 1972	3 768	6 024	7 092

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
	bis 31. 12. 1973	4 164	6 636	7 800
	bis 31. 12. 1974	4 764	7 512	8 796
	bis 31. 1. 1976	5 052	7 968	9 324
	ab 1. 2. 1976	5 352	8 388	9 780
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	229	371	440
	bis 31. 12. 1970	258	416	491
	bis 31. 12. 1971	288	462	545
	bis 31. 12. 1972	314	502	591
	bis 31. 12. 1973	347	553	650
	bis 31. 12. 1974	397	626	733
	bis 31. 1. 1976	421	664	777
	ab 1. 2. 1976	446	699	815
2. Mittlerer Dienst				
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	10 650	12 636	13 629
	bis 31. 12. 1970	11 907	14 041	15 108
	bis 31. 12. 1971	13 640	16 216	17 505
	bis 31. 12. 1972	14 894	17 578	18 919
	bis 31. 12. 1973	16 430	19 278	20 703
	bis 31. 12. 1974	18 498	21 427	22 891
	bis 31. 1. 1976	19 608	22 713	24 264
	ab 1. 2. 1976	20 620	23 778	25 357
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	4 793	8 213	9 949
	bis 31. 12. 1970	5 358	9 127	11 029
	bis 31. 12. 1971	6 138	10 540	12 779
	bis 31. 12. 1972	6 702	11 426	13 811
	bis 31. 12. 1973	7 394	12 531	15 113
	bis 31. 12. 1974	8 324	13 928	16 710
	bis 31. 1. 1976	8 824	14 763	17 713
	ab 1. 2. 1976	9 279	15 456	18 511
3. Jahresrente ($^2/_3$ aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	3 192	5 472	6 636
	bis 31. 12. 1970	3 576	6 084	7 356
	bis 31. 12. 1971	4 092	7 032	8 520
	bis 31. 12. 1972	4 464	7 620	9 204
	bis 31. 12. 1973	4 932	8 352	10 080
	bis 31. 12. 1974	5 544	9 288	11 136
	bis 31. 1. 1976	5 880	9 840	11 808
	ab 1. 2. 1976	6 192	10 308	12 336
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	266	456	553
	bis 31. 12. 1970	298	507	613
	bis 31. 12. 1971	341	586	710
	bis 31. 12. 1972	372	635	767
	bis 31. 12. 1973	411	696	840
	bis 31. 12. 1974	462	774	928
	bis 31. 1. 1976	490	820	984
	ab 1. 2. 1976	516	859	1 028
3. Gehobener Dienst				
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	14 712	17 592	19 032
	bis 31. 12. 1970	16 095	19 131	20 649
	bis 31. 12. 1971	17 838	20 976	22 544
	bis 31. 12. 1972	19 401	22 647	24 269
	bis 31. 12. 1973	21 272	24 696	26 407
	bis 31. 12. 1974	23 577	27 318	29 188
	bis 31. 1. 1976	24 992	28 957	30 939
	ab 1. 2. 1976	26 040	30 133	32 180
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	6 620	11 435	13 893
	bis 31. 12. 1970	7 243	12 435	15 074
	bis 31. 12. 1971	8 027	13 634	16 457
	bis 31. 12. 1972	8 730	14 721	17 716

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Ab vollendetem 45. Lebensjahr
	bis 31. 12. 1973	9 572	16 052	19 277
	bis 31. 12. 1974	10 610	17 757	21 307
	bis 31. 1. 1976	11 246	18 822	22 585
	ab 1. 2. 1976	11 718	19 586	23 491
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 416	7 620	9 264
	bis 31. 12. 1970	4 824	8 292	10 044
	bis 31. 12. 1971	5 352	9 096	10 968
	bis 31. 12. 1972	5 820	9 816	11 808
	bis 31. 12. 1973	6 384	10 704	12 852
	bis 31. 12. 1974	7 068	11 844	14 208
	bis 31. 1. 1976	7 500	12 552	15 060
	ab 1. 2. 1976	7 812	13 056	15 660
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	368	635	772
	bis 31. 12. 1970	402	691	837
	bis 31. 12. 1971	446	758	914
	bis 31. 12. 1972	485	818	984
	bis 31. 12. 1973	532	892	1 071
	bis 31. 12. 1974	589	987	1 184
	bis 31. 1. 1976	625	1 046	1 255
	ab 1. 2. 1976	651	1 088	1 305

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
4. Höherer Dienst					
1. Diensteinkommen jährlich	bis 31. 8. 1969	20 036	23 368	25 034	26 700
	bis 31. 12. 1970	21 614	25 088	26 825	28 562
	bis 31. 12. 1971	24 177	28 451	30 588	32 724
	bis 31. 12. 1972	25 825	30 089	32 221	34 353
	bis 31. 12. 1973	27 986	32 380	34 577	36 776
	bis 31. 12. 1974	30 753	35 445	37 790	40 136
	bis 31. 1. 1976	32 465	37 304	39 724	42 143
	ab 1. 2. 1976	33 775	38 759	41 252	43 744
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 8. 1969	7 013	12 852	18 275	20 016
	bis 31. 12. 1970	7 565	13 798	19 582	21 420
	bis 31. 12. 1971	8 462	15 648	21 106	23 561
	bis 31. 12. 1972	9 039	16 549	22 232	24 734
	bis 31. 12. 1973	9 795	17 809	23 858	26 479
	bis 31. 12. 1974	10 764	19 495	26 075	28 898
	bis 31. 1. 1976	11 363	20 517	27 410	30 343
	ab 1. 2. 1976	11 821	21 317	28 464	31 496
3. Jahresrente (2/3 aus Nr. 2)	bis 31. 8. 1969	4 680	8 568	12 180	13 344
	bis 31. 12. 1970	5 040	9 204	13 056	14 280
	bis 31. 12. 1971	5 640	10 440	14 076	15 708
	bis 31. 12. 1972	6 024	11 028	14 820	16 488
	bis 31. 12. 1973	6 528	11 868	15 900	17 652
	bis 31. 12. 1974	7 176	12 996	17 388	19 260
	bis 31. 1. 1976	7 572	13 680	18 276	20 232
	ab 1. 2. 1976	7 884	14 208	18 972	21 000
4. Monatsrente	bis 31. 8. 1969	390	714	1 015	1 112
	bis 31. 12. 1970	420	767	1 088	1 190
	bis 31. 12. 1971	470	870	1 173	1 309
	bis 31. 12. 1972	502	919	1 235	1 374
	bis 31. 12. 1973	544	989	1 325	1 471
	bis 31. 12. 1974	598	1 083	1 449	1 605
	bis 31. 1. 1976	631	1 140	1 523	1 686
	ab 1. 2. 1976	657	1 184	1 581	1 750."

Artikel 4

Übergangsvorschriften

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Bei Leistungsverbesserungen für laufende Renten auf Grund der Änderungen in den Artikeln 1 bis 3 dieser Verordnung bedarf es eines neuen Antrages nicht.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der vor Verkündung dieser Verordnung ergangene unanfechtbare Bescheid oder die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch Vergleich oder Abfindung geregelt worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich eine Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 240 des Bundesentschädigungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 18. November 1976

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
	Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
7. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2448/76 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	8. 10. 76	L 277/18
7. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2449/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	8. 10. 76	L 277/20
7. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2450/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis	8. 10. 76	L 277/21
7. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2451/76 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung	8. 10. 76	L 277/23
5. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2452/76 des Rates über den Transfer von Interventionsbutter aus anderen Mitgliedstaaten an die italienische Interventionsstelle	9. 10. 76	L 279/1
5. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2453/76 des Rates über den Transfer von gefrorenem Interventionsrindfleisch aus anderen Mitgliedstaaten an die italienische Interventionsstelle	9. 10. 76	L 279/3
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2454/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	9. 10. 76	L 279/5
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2455/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	9. 10. 76	L 279/7
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2456/76 der Kommission zur Änderung der für die Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen dienenden Elemente	9. 10. 76	L 279/9
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2457/76 der Kommission zur Änderung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Rindfleischsektor	9. 10. 76	L 279/12
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2458/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Fischereierzeugnissen	9. 10. 76	L 279/16
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2459/76 der Kommission über die Durchführung einer Ausschreibung zur Bereitstellung von Weichweizen als Hilfeleistung für das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	9. 10. 76	L 279/18
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2460/76 der Kommission über die Durchführung einer Ausschreibung zur Bereitstellung von geschliffenem Rundkornreis als Hilfeleistung für das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	9. 10. 76	L 279/21
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2462/76 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 677/76 über Durchführungsbestimmungen über die Verpflichtung zum Kauf von Magermilchpulver	9. 10. 76	L 279/25
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2463/76 der Kommission zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen	9. 10. 76	L 279/26
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2464/76 der Kommission über Übergangsmaßnahmen bei der Erhebung bestimmter Währungsausgleichsbeträge im Handel zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich	9. 10. 76	L 279/28

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2465/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	9. 10. 76	L 279/30
8. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2466/76 der Kommission zur Änderung der Währungsausgleichsbeträge	11. 10. 76	L 280/1
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2467/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	12. 10. 76	L 281/1
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2468/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	12. 10. 76	L 281/3
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2469/76 der Kommission zur Festsetzung von Zusatzbeträgen für Eieralbumin und Milchalbumin	12. 10. 76	L 281/5
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2470/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Eiersektor für den Zeitraum vom 15. Oktober 1976 an	12. 10. 76	L 281/7
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2471/76 der Kommission zur Festsetzung des Betrages, um den der bewegliche Teilbetrag der Abschöpfung auf Kleie mit Ursprung in Algerien, Marokko und Tunesien vermindert wird	12. 10. 76	L 281/9
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2472/76 der Kommission zur Änderung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckersektors	12. 10. 76	L 281/11
11. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2473/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	12. 10. 76	L 281/12
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2475/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	13. 10. 76	L 282/9
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2476/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	13. 10. 76	L 282/11
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2477/76 der Kommission über eine Ausschreibung für die Lieferung von Butteroil an Indien als Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des Welternährungsprogramms	13. 10. 76	L 282/13
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2478/76 der Kommission über eine Ausschreibung zur Lieferung von Butteroil an die Volksrepublik Mosambik im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	13. 10. 76	L 282/15
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2479/76 der Kommission über eine Ausschreibung zur Lieferung von auf dem Markt der Gemeinschaft angekauftem Magermilchpulver mit zugesetzten Vitaminen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an die Volksrepublik Mosambik	13. 10. 76	L 282/17
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2480/76 der Kommission über die Ausschreibung der Kosten für die Lieferung von Magermilchpulver an verschiedene Drittländer im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an das Welternährungsprogramm	13. 10. 76	L 282/22
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2481/76 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1948/76 hinsichtlich der für die Lieferung von Magermilchpulver an die italienische Interventionsstelle festgesetzten Menge und Lieferfrist	13. 10. 76	L 282/24
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2482/76 der Kommission über den Transfer von 40 000 Tonnen Futtergetreide aus Beständen der deutschen Interventionsstelle zur italienischen Interventionsstelle	13. 10. 76	L 282/26
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2483/76 der Kommission über die vorübergehende Aussetzung der Vorausfestsetzung der Ausfuhrerstattungen für Erzeugnisse des Rindfleischsektors	13. 10. 76	L 282/27

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2484/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	14. 10. 76	L 283/1
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2485/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	14. 10. 76	L 283/3
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2486/76 der Kommission zur Festsetzung der bei Reis und Bruchreis anzuwendenden Abschöpfungen bei der Einfuhr	14. 10. 76	L 283/5
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2487/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Reis und Bruchreis	14. 10. 76	L 283/7
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2489/76 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2197/76 über den Absatz von Olivenöl aus Beständen der italienischen Interventionsstelle	14. 10. 76	L 283/11
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2490/76 der Kommission über eine Ausschreibung zur Lieferung von auf dem Markt der Gemeinschaft gekauftem Magermilchpulver mit zugesetzten Vitaminen an die Arabische Republik Ägypten im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	14. 10. 76	L 283/12
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2491/76 der Kommission zur Aufhebung der Aussetzung der Einfuhren von gefrorenen Seehechten und Köhler sowie deren Filets, von frischem oder gekühltem Kabeljau sowie von gefrorenem ganzen Kabeljau	14. 10. 76	L 283/16
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2492/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Rindfleischsektor für den am 18. Oktober 1976 beginnenden Zeitraum	14. 10. 76	L 283/17
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2493/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	14. 10. 76	L 283/21
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2494/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	15. 10. 76	L 284/1
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2495/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	15. 10. 76	L 284/3
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2496/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Kälbern und ausgewachsenen Rindern sowie von Rindfleisch, ausgenommen gefrorenes Rindfleisch	15. 10. 76	L 284/5
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2497/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Milch und Milcherzeugnissen	15. 10. 76	L 284/8
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2498/76 der Kommission über die Ausschreibung zur Lieferung von auf dem Markt der Gemeinschaft gekauftem Magermilchpulver mit zugesetzten Vitaminen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe an das Welternährungsprogramm für bestimmte Drittländer	15. 10. 76	L 284/14
13. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2499/76 der Kommission über die Ausschreibung der Kosten für die Lieferung von Magermilchpulver an bestimmte Drittländer im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	15. 10. 76	L 284/18
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2504/76 der Kommission zur Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 572/76 zur Festsetzung der Währungsausgleichsbeträge	15. 10. 76	L 284/24
14. 10. 76	Verordnung (EWG)Nr. 2505/76 der Kommission zur Festsetzung der Mindestabschöpfung bei der Einfuhr von Olivenöl	15. 10. 76	L 284/27
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2506/76 der Kommission zur Festsetzung des Betrages der Beihilfe für Ölsaaten	15. 10. 76	L 284/29

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2507/76 der Kommission zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen	15. 10. 76	L 284/31
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2508/76 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	15. 10. 76	L 284/33
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2509/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	15. 10. 76	L 284/35
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2510/76 der Kommission zur Änderung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen	15. 10. 76	L 284/36
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2511/76 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Malz anzuwendenden Berichtigung	15. 10. 76	L 284/38
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2512/76 der Kommission zur Festsetzung der für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen	15. 10. 76	L 284/40
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2513/76 der Kommission zur Änderung der Währungsausgleichsbeträge	18. 10. 76	L 286/1
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2515/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	16. 10. 76	L 285/1
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2516/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	16. 10. 76	L 285/3
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2517/76 der Kommission zur Änderung der für die Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen dienenden Elemente	16. 10. 76	L 285/5
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2518/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen für Milch und Milcherzeugnisse, die in unverändertem Zustand ausgeführt werden	16. 10. 76	L 285/8
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2519/76 der Kommission über die Durchführung einer Ausschreibung zur Bereitstellung von geschliffenem Reis als Hilfeleistung für die Demokratische Republik Somalia	16. 10. 76	L 285/21
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2520/76 der Kommission über die Durchführung einer Ausschreibung zur Bereitstellung von Hartweizen als Hilfeleistung für die Demokratische Republik Somalia	16. 10. 76	L 285/24
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2521/76 der Kommission zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen	16. 10. 76	L 285/27
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2522/76 der Kommission zur Änderung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckersektors	16. 10. 76	L 285/29
15. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2523/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	16. 10. 76	L 285/30
18. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2524/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	19. 10. 76	L 287/1
18. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2525/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	19. 10. 76	L 287/3
18. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2526/76 der Kommission über eine Sonderausschreibung zur Festsetzung der Abschöpfung im Olivensektor	19. 10. 76	L 287/5

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
18. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2527/76 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	19. 10. 76	L 287/6
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2528/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	20. 10. 76	L 288/1
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2529/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	20. 10. 76	L 288/3
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2530/76 der Kommission zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen bei Obst und Gemüse	20. 10. 76	L 288/5
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2531/76 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr auf dem Schweinefleischsektor für den am 1. November 1976 beginnenden Zeitraum	20. 10. 76	L 288/8
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2532/76 der Kommission über den Verkauf von entbeintem Rindfleisch aus Beständen der Interventionsstellen zu pauschal im voraus festgesetzten Preisen	20. 10. 76	L 288/12
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2535/76 der Kommission zur Festsetzung des Betrages der Beihilfe für Ölsaaten	20. 10. 76	L 288/19
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2536/76 der Kommission zur Festsetzung des Weltmarktpreises für Raps- und Rübsensamen	20. 10. 76	L 288/21
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2537/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	20. 10. 76	L 288/23
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2538/76 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	20. 10. 76	L 288/24
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2539/76 der Kommission zur Änderung der Währungsausgleichsbeträge	20. 10. 76	L 289/1
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2540/76 der Kommission zur Änderung der für die Berechnung der Differenzbeträge für Raps- und Rübsensamen dienenden Elemente	20. 10. 76	L 289/30
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2541/76 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	21. 10. 76	L 290/1
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2542/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	21. 10. 76	L 290/3
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2543/76 der Kommission zur Festsetzung der bei Reis und Bruchreis anzuwendenden Abschöpfungen bei der Einfuhr	21. 10. 76	L 290/5
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2544/76 der Kommission zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Reis und Bruchreis	21. 10. 76	L 290/7
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2545/76 der Kommission zur Festsetzung der Ersattung bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand für Weißzucker und Rohzucker	21. 10. 76	L 290/9
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2546/76 der Kommission zur Festsetzung der Einschleusungspreise und Abschöpfungen für Eier	21. 10. 76	L 290/11
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2547/76 der Kommission zur Festsetzung der Einschleusungspreise und der Abgaben bei der Einfuhr für Eieralbumin und Milchalbumin	21. 10. 76	L 290/13
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2548/76 der Kommission zur Festsetzung des Betrages, um den die bei der Einfuhr von Reis aus der Arabischen Republik Ägypten in die Gemeinschaft anzuwendende Abschöpfung zu vermindern ist	21. 10. 76	L 290/15

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2549/76 der Kommission zur Änderung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckersektors	21. 10. 76	L 290/17
20. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2550/76 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weiß- und Rohzucker	21. 10. 76	L 290/18
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2551/76 des Rates zur Erhöhung der mit Verordnung (EWG) Nr. 91/76 für die Einfuhr bestimmter Waren mit Ursprung in Portugal festgesetzten Richtplafonds	22. 10. 76	L 291/1

Andere Vorschriften

4. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2474/76 des Rates über die Einfuhrregelung für bestimmte Textilerzeugnisse mit Ursprung in der Republik Korea	13. 10. 76	L 282/1
12. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2488/76 der Kommission über die Festsetzung von Mittelwerten für die Ermittlung des Zollwerts von Zitrusfrüchten und Äpfeln und Birnen	14. 10. 76	L 283/9
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2500/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Anilin und seine Salze der Tarifstelle 29.22 D ex I mit Ursprung in Rumänien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	15. 10. 76	L 284/20
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2501/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Holz, gehobelt, genutet, gefedert usw., der Tarifnummer 44.13, mit Ursprung in Malaysia, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	15. 10. 76	L 284/21
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2502/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Haushaltsgeräte aus Holz der Tarifnummer 44.24 mit Ursprung in den Philippinen, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	15. 10. 76	L 284/22
14. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2503/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für Flechtstoffe, in Flächenform verwebt oder parallel aneinandergefügt, usw., der Tarifnummer 46.02 mit Ursprung in Hongkong, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	15. 10. 76	L 284/23
30. 9. 76	Entscheidung Nr. 2514/76/EGKS der Kommission betreffend die Durchführung der Entscheidung Nr. 528/76/EGKS über das gemeinschaftliche System von Maßnahmen der Mitgliedstaaten zugunsten des Steinkohlenbergbaus	23. 10. 76	L 292/1
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2533/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für anderes Holz, in der Längsrichtung gesägt, gemessert oder geschält, usw., der Tarifstelle 44.14 B, mit Ursprung in Entwicklungsländern, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	20. 10. 76	L 288/16
19. 10. 76	Verordnung (EWG) Nr. 2534/76 der Kommission zur Wiedereinführung des Zollsatzes für andere Waren zum Ausstatten von elektrischen Beleuchtungskörpern, der Tarifstelle 70.14 A II, mit Ursprung in Rumänien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3010/75 des Rates vom 17. November 1975 vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	20. 10. 76	L 288/17

—	Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 2315/76 der Kommission vom 24. September 1976 über den Verkauf von Butter aus staatlicher Lagerhaltung (ABl. Nr. L 261 vom 25. 9. 1976)	20. 10. 76	L 288/27

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 309. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Oktober 1976, ist im Bundesanzeiger Nr. 217 vom 16. November 1976 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 217 vom 16. November 1976 kann zum Preis von 1,– DM (einschl. Versandgebühren) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger" Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten) bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.